

Limmattal, im Dezember 2019

Medienmitteilung der Limmattaler Wirtschaftsverbände: Nein zur Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»

Sehr geehrte Damen und Herren

Die vier Wirtschaftsverbände des Limmattals setzen sich bei eidgenössischen Abstimmungen resolut für die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Schweiz und für attraktive Rahmenbedingungen für das Gewerbe ein. So auch bei den Abstimmungen vom 9. Februar 2020.

Nein zur eidgenössischen Volksinitiative „Mehr bezahlbare Wohnungen“: Was auf den ersten Blick nach einer vernünftigen Forderung klingen mag, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als Mogelpackung: die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» des Mieterverbandes. Die Limmattaler Wirtschaftsverbände lehnen sie aus den folgenden Gründen klar ab:

- 1. Irreführende Angaben:** Der Titel der Volksinitiative legt nahe, dass es in der Schweiz zu wenige bezahlbare Wohnungen gebe. Doch dies ist nicht der Fall. Im Gegenteil: Derzeit herrscht ein rekordhoher Wohnungsleerbestand. Schweizweit stehen über 75'000 Wohnungen leer – und dies nicht etwa, weil sie allesamt zu teuer wären. Wenn man zudem bedenkt, dass die Pipeline mit Bauprojekten auch für das nächste Jahr gut gefüllt ist, nachdem bereits in den letzten Jahren jeweils etwa 50'000 neue Wohnungen gebaut wurden, dürfte der Wohnungsbestand noch weiter anwachsen. Und dies nicht etwa im hochpreisigen Segment, werden doch gegenwärtig vor allem kosteneffiziente Kompaktwohnungen gebaut. Eine zusätzliche, staatlich geförderte Überhitzung auf dem Wohnungsmarkt würde sich zudem negativ auf unsere Pensionskassenguthaben auswirken.
- 2. Wohnungsbau keine Staatsaufgabe:** Die Initiative verlangt, dass in der Verfassung eine Quote verankert wird, wonach der Anteil des sogenannten gemeinnützigen Wohnungsbaus an den neu gebauten Wohnungen gesamtschweizerisch mindestens 10 Prozent betragen soll. Gemeinnützige Träger müssten demnach in Zukunft jährlich rund 5'000 Wohnungen erstellen – mehr als drei Mal so viel wie dies heute der Fall ist. Wenn aber die gemeinnützigen Träger die geforderte Quote nicht erfüllen können, müssten wohl oder übel die Kantone oder die Gemeinden einspringen. Ein Umstand, den die Initianten bewusst in Kauf nehmen, wollen sie doch mit ihrer Initiative die Kantone und Gemeinden zusätzlich mit einem Vorkaufsrecht für taugliche Grundstücke ausstatten. Wir lehnen Verstaatlichungen im Wohnungsbau ab!
- 3. Kein Systemwechsel:** Staatliche Quotenvorgaben und Vorkaufsrechte für die öffentliche Hand würden einem Systemwechsel von „der bisherigen, marktwirtschaftlich orientierten Wohnungspolitik des Bundes“ hin zur „Planwirtschaft“ gleichkommen, wie es in der NZZ hiess. Diesen Systemwechsel lehnen wir ab, zumal die bisherige Politik im Grossen und Ganzen doch sehr gut funktionierte – auch für das Gewerbe, das ebenfalls auf bezahlbaren Gewerberaum angewiesen ist.



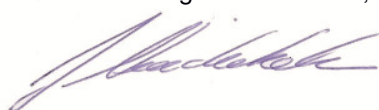
Gregor Biffiger
Präsident Gewerbeverband Limmattal



Fredi Pahr
Präsident Vereinigung für Industrie,
Dienstleistungen und Handel, Spreitenbach



Dr. Andreas Geistlich
Präsident Wirtschaftskammer Schlieren



Dr. Josef Wiederkehr
Präsident Industrie- und Handelsverein Dietikon